

*Stefan Brakensiek u. a. (Hrsg.), Kultur und Staat in der Provinz, Perspektiven und Erträge der Regionalgeschichte, Verlag für Regionalgeschichte, Bielefeld 1992, 420 S.*

Dieser Sammelband mit Beiträgen zur Regionalgeschichte, herausgegeben von Stefan Brakensiek, Axel Flügel, Werner Freitag und Robert v. Friedeburg, ist dem bekannten Bielefelder Professor Wolfgang Mager zum 60. Geburtstag gewidmet. Prof. Mager hat sich engagiert für die Regionalgeschichte eingesetzt, und die Anzahl und die Breite der Beiträge seiner (früheren) Studenten in diesem Band machen deutlich, welche Stärken die Regionalgeschichte hat. Damit ist die Regionalgeschichte keine eigene Disziplin der Geschichtswissenschaft, aber viele Fragestellungen lassen sich anhand lokaler und regionaler Untersuchungen verifizieren und beantworten. Die neue Dimension der Regionalgeschichte wird deutlich an dem im Sammelband erhobenen Anspruch. Die Begriffe „Kultur“ und „Staat“ umschreiben Werte, die, da sie schlecht faßbar zu machen sind, eher allgemein und theoretisch untersucht wurden. Von der Vielzahl der Beiträge, die in dem leider doch sehr teuren Buch abgedruckt sind, möchte ich vor allem die Aufsätze hervorheben, die entweder in der Arbeit mit kirchlichem Archivgut entstanden sind oder aber einen Bezug zur Kirchengeschichte und der westfälischen Landesgeschichte haben.

Der Wert der Kirchenbücher als demographische Quelle wird deutlich in den Beiträgen von Hans-Wilhelm Peter und Peter Klein über Bevölkerungsentwicklung und Wiederverheiratungen in einer agrarisch-heimgewerblichen Region am Beispiel der Gemeinde Spenge. Die demographische Geschichtsschreibung als Alternative zur Ereignisgeschichte ermöglicht es, romantische Vorstellungen gerade über die Familie anhand statistischer Auszählungen, die in einen kulturellen Kontext gestellt werden, oder durch Familienrekonstruktionen zurechtzurücken. Es wird deutlich, wie agrarische und gewerbliche Produktionsbedingungen und ihr Zusammenspiel deutlich die Bevölkerungsentwicklung beeinflussten. So kann im Ravensberger Land entgegen der bisherigen Meinung der Protoindustrietheorie keine eigenständige Bevölkerungsentwicklung der Heimgewerbetreibenden festgestellt werden.

Der Aufsatz von Bernd Hüllinghorst über die Vögte in Ravensberg und ihre Aufgaben in der Lokalverwaltung im 17. Jh. leistet einen Beitrag zur bislang vernachlässigten Verwaltungsgeschichte auf dem Lande. Entwickelten sich die Vögte zu einem Instrument absolutistischer Machtausübung auf der Ortsebene, so ging dieses einher mit dem Machtverlust der Stände. Gleichzeitig konnte insbesondere durch die „vielfache Erblichkeit“ der Vogteiämter ein gewisser eigener Ermessensspielraum erarbeitet werden, der eine gewisse lokale Autonomie erlaubte.

Ausgehend von der Streitfrage, ob im Merkantilismus das staatliche Handeln schädlich gewesen sei (Staat als Nachtwächterstaat) oder aber ob es auch positive Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsleben gab, hinterfragt Axel Flügel die Rolle von sozialen Institutionen auf der lokalen Ebene als Bindeglied zwischen Ökonomie und Politik. Gegenstand seiner Untersuchung ist die Errichtung eines Gnadenfonds durch den preußischen König in Bielefeld zur Unterstützung der notleidenden Leinenindustrie. Der Autor kommt zum Schluß, daß unterschiedli-



che Zeithorizonte der Akteure, der Kaufleute und der verschiedenen Institutionen entscheidend für den Aufschub der Industrialisierung in Bielefeld waren. Da aber auch bei den Institutionen die Faktoren für das wirtschaftliche Handeln jeweils unterschiedlich gewichtet wurden, ist die Frage nach der Rolle des Staates beim Merkantilismus nicht eindeutig zu beantworten.

Für die Bedeutung der Lokalgeschichte als Korrektiv der Geschichtsschreibung der gesamtstaatlichen Politik ist der Beitrag von Stefan Gorissen ein gutes Beispiel. Gorissen untersucht die Steuerreform in der Grafschaft Mark von 1791 als mögliches Modell für die Stein-Hardenbergschen Reformen nach 1806. Der Autor wendet sich gegen die Überbewertung der preußischen Reformen nach 1806, wie sie noch häufig in der Literatur anzutreffen ist. Eine genaue Bewertung dieser Reformen sei nur aufgrund der Ausgangslage in den einzelnen Provinzen möglich. So wurde schon bei der Steuerreform von 1791 in der Grafschaft Mark die steuerrechtliche Trennung von Stadt und Land in großem Maße aufgehoben und die Gewerbefreiheit durchgesetzt. Ein Vergleich der Reformen 1791 und 1820 im Hinblick auf die eigentliche Finanzreform, auf das Problem der Gewerbefreiheit und auf die Repräsentation der Steuerpflichtigen zeigt, daß in Westfalen mit der Steuerreform 1820 weitestgehend der Status quo gesetzlich festgeschrieben wurde, während für die ostelbischen Provinzen diese Reformen eine Revolutionierung der Gewerbeverfassung bedeutete.

Lesenswert ist die Untersuchung von Norbert Sahrhage über lokale Eliten in Demokratie und Diktatur im Stadt- und Landkreis Herford 1929–1949 im Hinblick auf die Durchsetzung des Nationalsozialismus in der örtlichen Verwaltungsebene und auf Kontinuitäten. Wenn auch kein hauptamtlicher Bürgermeister aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums von 1933 seinen Posten räumen mußte, gab es doch drei Fälle, in denen durch Versetzung oder Frühpensionierung hauptamtliche Bürgermeister entmachtet wurden. In der Regel aber verstanden es die Bürgermeister, die zuvor vorwiegend nationalkonservativ eingestellt waren, sich mit dem neuen System zu arrangieren. Die Besetzungspolitik der Nationalsozialisten trägt deutlich antimodernistische Züge. In einigen Fällen wurden aufgrund der Parteizugehörigkeit und nicht der Qualifikation Posten besetzt (Ämterpatronage). Durch Rückgriff auf die traditionelle Elite bei der Besetzung der übrigen Posten stoppte der Nationalsozialismus den begonnenen Prozeß der politischen Beteiligung der Arbeiterschaft an der kommunalen Selbstverwaltung, der mit Beginn der Weimarer Republik gerade erst begonnen hatte. Weitere Einzeluntersuchungen müßten klären, inwieweit der politische Druck das Verhalten der Bürgermeister in den Entscheidungen tatsächlich beeinflusste, bzw. ob bei Neubesetzungen Innovationen im Verwaltungsbereich tatsächlich eintraten.

Die Bedeutung der Presbyteriumsprotokolle für die Sozialgeschichte zeigt der Beitrag von Frank Konersmann über die presbyteriale Kirchengleichheit unter landesherrlichem Regiment am Beispiel von Pfalz-Zweibrücken im 17. und 18. Jahrhundert. Die Presbyterien spielten eine wichtige Rolle bei der Stabilisierung der sozialen Ordnung und bei der Fürsorge und Diakonie und trugen so wesentlich zur Konfessionalisierung und zur fürstenstaatlichen Herrschaftsbildung bei. Anders als die Untersuchung von Heinz Schilling kommt der Autor zum Ergebnis, daß ein unterschiedliches Kirchengleichheitsverhalten von Presbyterien in



den Städten und landesherrlich unterworfenen Presbyterien nicht festzustellen ist. Allerdings änderte sich der Einfluß der Presbyterien mit der erhöhten fürstenstaatlichen und landeskirchlichen Kontrolle. Ein Vergleich dieser Thesen mit der westfälischen Kirchenzuchtspraxis wäre eine reizvolle Aufgabe nicht nur für den Kirchenhistoriker.

Der Aufsatz von Werner Freitag „Am Kreuzweg der Moderne. Erinnerungen an die nationalsozialistische Revolution in Spenge“ geht über die bereits rezensierte Ortsgeschichte von Spenge von Werner Freitag (siehe Jahrbuch für Westfälische Kirchengeschichte Bd. 85 S. 389 ff.) hinaus, indem sie mit den Methoden der „Oral History“ die Wahrnehmung des Nationalsozialismus als Modernisierungsschub, wie es in den subjektiven Äußerungen vielfach vorkommt, kritisch hinterfragt. Grundlage sind damit nicht sozio-ökonomische Daten, sondern eher kulturelle und gesellschaftliche Wahrnehmungen, welche die Wirksamkeit modernisierender Tendenzen belegen sollen. Sicherlich wurden die Tendenzen zum Abbau der spezifischen klassenmäßigen und milieubedingten Abschottungen, wie er in der Weimarer Republik begonnen hatte, durch den Nationalsozialismus verstärkt. Trotz offener Propaganda wuchs die Entpolitisierung der Gesellschaft durch das Fehlen anderer kritischer öffentlicher Meinungen. Dennoch wird man nicht unbedingt die Schlußfolgerung des Autors nachvollziehen können, daß die protestantische Kirche als moralische Kontrollinstanz ausfiel, und der diese Rolle einzig Bischof von Galen in Münster zuweist. Die kulturelle Öffnung und die Abkehr von den alten trennenden Klassen- und Milieuschranken nach 1945 ermöglichte eine Verstärkung der begonnenen Modernisierungsprozesse. Der gesellschaftliche Wandel wäre auch ohne den Nationalsozialismus eingetreten, wenn auch nicht in dieser Form und unter den schlimmen Begleiterscheinungen.

Mit diesem Sammelband knüpft der Verlag für Regionalgeschichte erfolgreich an den Band 1 dieser Reihe an und bestätigt die Erkenntnis der Notwendigkeit der Lokalgeschichte als begleitendes Korrektiv der allgemeinen Geschichtsforschung.

Wolfgang Günther

*Pastor Johannes Zauleck und das „Johannes-Zauleck-Haus“ in Wetter (Ruhr), hrsg. von Dietrich Thier* (Kleine Schriften zur Geschichte der Stadt Wetter/Ruhr, Heft 2), Wetter 1992, 114 S.

Mit dieser Broschüre, die ihren Schwerpunkt in der Beschreibung des Wirkens Pastors Johannes Zauleck hat, ist eine wesentliche Ergänzung der bereits erschienenen Biographie über Zauleck entstanden. Zu näheren Hinweisen auf die Bedeutung Zaulecks verweise ich deshalb auf die entsprechende Rezension (Jahrbuch für Westfälische Kirchengeschichte 1991 S. 385 ff.). Hier wird nun in mehreren Aufsätzen das Leben des für die Stadt Wetter so bedeutenden Mannes beschrieben. Dabei wird deutlich, daß die bisherigen nicht aufbereiteten Akten der Kirchengemeinde doch sehr viele wichtige Hinweise geben. Die Beiträge zu Johannes Zauleck machen dieses Buch aber nicht nur für Wetteraner interessant: Der Stadtarchivar Dietrich Thier liefert eine allgemeine biographische Skizze, während Peter Friedemann die Rolle Zaulecks im Kirchenkampf untersucht. Zwei